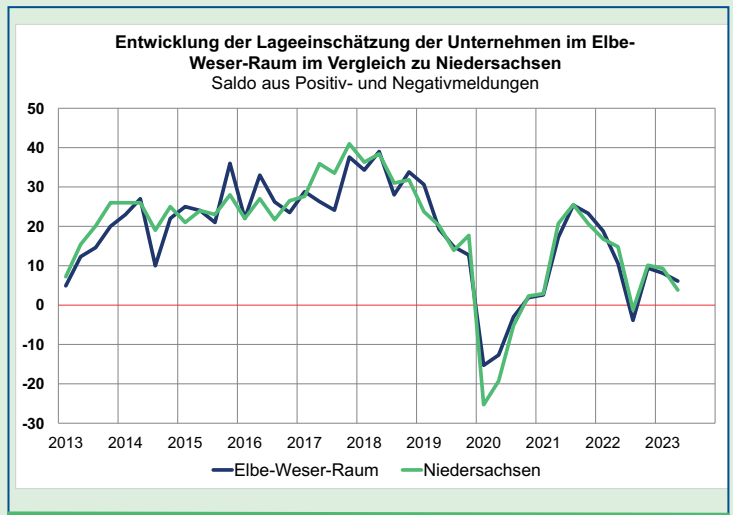
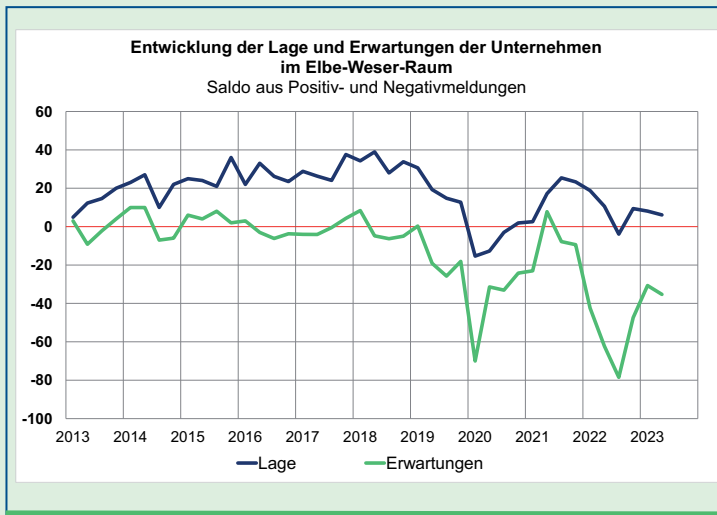


KONJUNKTURBERICHT

ELBE-WESER

2. Quartal
2023



Unternehmen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen

Während sich die Lageeinschätzung in der Industrie wenig dynamisch zeigt, hat sich die Stimmung im Baugewerbe deutlich verschlechtert. Positive Signale sendet hingegen der Dienstleistungssektor. Branchenübergreifend verläuft die wirtschaftliche Entwicklung im Elbe-Weser-Raum im II. Quartal weiterhin seitwärts. 27 Prozent (zuvor: 24 Prozent) bewerten ihre Geschäftslage als gut. Rund jedes fünfte Unternehmen (21 Prozent; zuvor: 16 Prozent) nimmt eine gegenteilige Einschätzung vor. 53 Prozent der Betriebe (zuvor: 59 Prozent) sind zufrieden bzw. sprechen von einem saisonüblichen Quartalsverlauf.

Der Ausblick auf die kommenden Monate bleibt per Saldo weiterhin pessimistisch. Der Anteil derjenigen Unternehmen, die von einer eher günstigeren Entwicklung ausgehen, steigt zwar von acht auf zwölf Prozent. Allerdings nimmt auch der Anteil der Betriebe zu, die künftig mit einer schlechteren Wirtschaftsentwicklung rechnen. Er steigt von 39 auf 47 Prozent.

Das größte Risiko ist aus Sicht der Betriebe der Fachkräftemangel (64 Prozent), gefolgt von den Energie- und Rohstoffpreisen (61 Prozent). Einige Unternehmen sehen aufgrund der politischen Rahmenbedingungen eine Verunsicherung der Bevölkerung, die sich in Konsumzurückhaltung ausdrückt. →

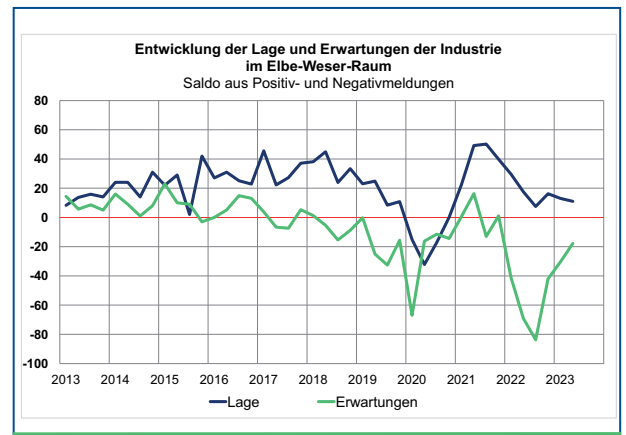
58 Prozent blicken daher mit Sorge auf die Entwicklung der Inlandsnachfrage. Etwas mehr als jedes zweite Unternehmen kritisiert die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Sie bemängeln, dass ihnen eine verlässliche Basis für Entscheidungen fehlt. In der Gemengelage aus hohen Energie- und Folgekosten, Arbeitskräfteengpässen, ausufernder Bürokratie sowie Transformation der Wirtschaft sehen manche Unternehmen den Standort Deutschland gefährdet.

Die Investitionsabsichten der Unternehmen gleichen sich per Saldo nahezu aus. Während 27 Prozent (zuvor: 32 Prozent) ihre Investitionsausgaben erhöhen, planen 26 Prozent (zuvor: 21 Prozent), ihre Ausgaben zu verringern. Wie im Vorquartal halten 48 Prozent ihr Investitionsvolumen auf einem gleichbleibenden Niveau.

Ähnlich wie der Konjunkturverlauf bewegt sich auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt eher seitwärts. Ende Juni waren im Elbe-Weser-Raum 21.176 Personen arbeitslos gemeldet, rund 250 mehr als im Vormonat. Im Vergleich zum Juni 2022 ist die Anzahl der Arbeitslosen um knapp 3.250 Personen gestiegen. Das liegt unter anderem an der fortwährenden Aufnahme ukrainischer Kriegsgeflüchteter in die Grundsicherung. Die Arbeitslosenquote liegt bei 4,7 Prozent und damit unterhalb des Bundes- bzw. Landesschnitts (jeweils 5,5 bzw. 5,6 Prozent). Grundsätzlich besteht ein Arbeitskräftebedarf im Elbe-Weser-Raum. Die hiesigen Arbeitsagenturen verzeichnen mehr als 7.300 freie Stellen im Bestand. Allerdings deuten die Personalpläne der Unternehmen nicht darauf hin, dass in den kommenden Monaten mit erheblichen Beschäftigungszuwächsen zu rechnen ist. Während wie im Vorquartal 13 Prozent von einer eher steigenden Beschäftigtenzahl ausgehen, rechnen 28 Prozent (zuvor: zehn Prozent) in den kommenden Monaten mit einem eher geringeren Personalbestand.

Industrie

→ Positive Signale senden die Hersteller von Metall-erzeugnissen sowie Unternehmen der Elektrotechnik. Während das Ernährungsgewerbe mit dem Quartalsverlauf tendenziell zufrieden ist, nehmen der Maschinenbau und die Hersteller von Gummi- und Kunst-



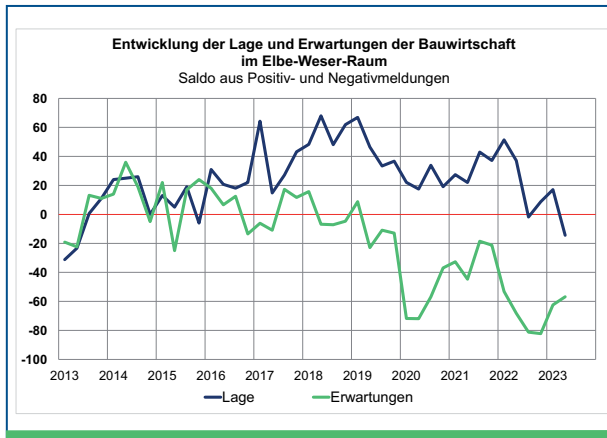
stoffwaren eine durchwachsene Bewertung vor. Insgesamt zeigt sich die Lageeinschätzung im verarbeitenden Gewerbe wenig dynamisch. Wie im Vorquartal bewerten 29 Prozent der Industriebetriebe ihre Lage als gut, wohingegen 18 Prozent (zuvor: 16 Prozent) eine gegenteilige Einschätzung vornehmen.

Der Anteil der Unternehmen, der gestiegene Auftrags-eingänge vorweisen kann, nimmt im Vergleich zum Vorquartal wieder zu (22 Prozent; zuvor: elf Prozent). Demgegenüber verzeichnen 36 Prozent (zuvor: 38 Prozent) einen Rückgang in ihren Büchern. Vor einem Jahr lag dieser Anteil bei 21 Prozent. Die weltweite wirtschaftliche Abkühlung hat insbesondere das Auslandsgeschäft erschwert. Knapp jedes zweite international tätige Unternehmen verzeichnet einen Rückgang bei den Auslandsorders. So verwundert es nicht, dass 35 Prozent der exportorientierten Betriebe in den kommenden Monaten mit einem abnehmenden Außenhandel rechnen.

Der Auftragsbestand bleibt dennoch mehrheitlich auf einem ausreichenden Niveau. Bei jedem zweiten Unternehmen ist dieser saisonüblich (52 Prozent; zuvor: 49 Prozent). Während 25 Prozent (zuvor: 27 Prozent) von einem verhältnismäßig hohen Bestand sprechen, beklagen 23 Prozent (zuvor: 24 Prozent) einen zu kleinen Auftragsbestand.

Die Erwartungshaltung des verarbeitenden Gewerbes hellt sich zwar etwas auf, bleibt aber per Saldo deutlich im Minus. Nach vier Prozent im Vorquartal blickt nun jeder fünfte Betrieb optimistisch auf die kommenden Monate. Dem gegenüber stehen 38 Prozent (zuvor: 34 Prozent), die einen eher ungünstigeren Geschäftsverlauf erwarten. 45 Prozent (zuvor: 22 Prozent) rechnen zudem mit rückläufigen Umsätzen.

BAUWIRTSCHAFT



Ein geringer Personalbestand könnte die Folge sein. Während jeder zweite Industriebetrieb (zuvor: 78 Prozent) mit einer gleichbleibenden Beschäftigtenzahl rechnet, gehen 31 Prozent (zuvor: sieben Prozent) von einer fallenden aus. Die Investitionsabsichten gehen ebenfalls zurück.

Neben dem Fachkräftemangel (65 Prozent) bleiben die Energiepreise (76 Prozent) das größte Geschäftsrisiko. Letzteres gilt insbesondere für die energieintensive Industrie, deren Kosten sich weiterhin auf einem hohen Niveau bewegen. Ein Industriestrompreis könnte hier Abhilfe schaffen. Der Inflationsdruck und steigende Arbeitskosten zwingen einige Unternehmen dazu, die Kostensteigerungen durch Preiserhöhungen aufzufangen. Das könnte sich wiederum negativ auf die Nachfrage nach Industriegütern auswirken. Darüber hinaus bemängeln 48 Prozent die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Einige Betriebe sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Wirtschaftsstandorten gefährdet.

Baugewerbe

→ Die Situation im Baugewerbe ist angespannt. Einerseits sind insbesondere Privatkunden durch die geplanten energetischen Zielsetzungen der Politik beim Wohnungsbau stark verunsichert. Andererseits belasten hohe Baukosten, entfallene Förderprogramme sowie höhere Zinsen die Nachfrage. Einige Betriebe berichten davon, dass bereits geplante Vorhaben kurzfristig nicht mehr umgesetzt werden. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes Niedersachsen sind sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau deutliche Umsatzrückgänge im Vergleich zum Vorjahr zu ver-

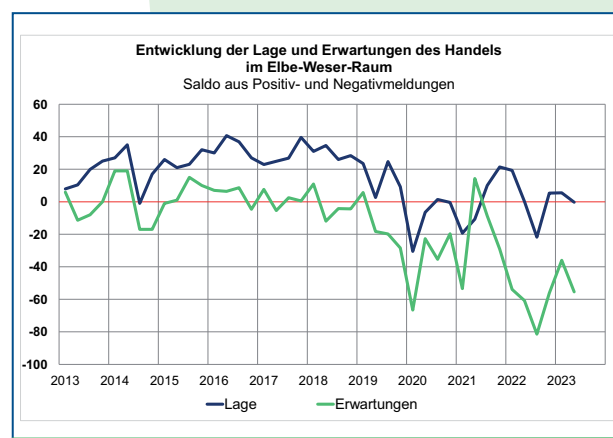
zeichnen. Das wirkt sich auch auf die Ertragslage aus. Bei etwas mehr als jedem zweiten Baubetrieb (zuvor: 66 Prozent) ist sie in etwa gleichgeblieben, wohingegen sie sich bei 47 Prozent (zuvor: 28 Prozent) im abgelaufenen Quartal verschlechtert hat.

Deutlich weniger Betriebe als zuvor berichten von einer guten Geschäftslage (zwölf Prozent; zuvor: 27 Prozent). Wie im Vorquartal sind 62 Prozent zufrieden, während 26 Prozent (zuvor: zehn Prozent) von einem schlechten Quartalsverlauf sprechen.

Die Auftragseingänge sind deutlich gefallen. Insgesamt verzeichnen 56 Prozent der Betriebe (zuvor: 30 Prozent) rückläufige Aufträge. Die Reichweite des Auftragsbestands berührt das aber noch nicht. Bei knapp jedem zweiten Baubetrieb reicht dieser für die kommenden vier und mehr Monate.

Der Blick auf die kommenden Monate ist weiterhin stark pessimistisch. Nur wenige Unternehmen rechnen mit einer Verbesserung der künftigen Geschäftslage (sechs Prozent). 63 Prozent (zuvor: 69 Prozent) gehen hingegen von einer eher schlechteren Entwicklung aus. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für den Haus- und Wohnungsbau bleiben ungünstig. Hohe Baukosten sowie ein höheres Zinsniveau dürften die Nachfrage nach Bauleistungen bis ins nächste Jahr belasten.

HANDEL



Handel

→ Im Einzelhandel sind 57 Prozent (zuvor: 56 Prozent) der Betriebe mit dem Quartalsverlauf zufrieden. Während 14 Prozent (zuvor: 15 Prozent) ihre Lage als gut bewerten, bezeichnen 29 Prozent (zuvor: 29 Prozent) sie als schlecht. Die Verbraucher halten sich mit ihren Ausgaben weiterhin zurück. 53 Prozent der Einzelhändler (zuvor: 69 Prozent) attestieren ihren Kunden eine rückläufige Konsumneigung. Die erzielten Umsätze können dennoch etwas hinzugewinnen, wenngleich das Ergebnis insgesamt vielerorts nicht zufriedenstellend sein dürfte. Bei mehr als jedem zweiten Einzelhändler hat sich mithin die Ertragslage verschlechtert.

Die Lageeinschätzung im Groß- und Außenhandel hat sich im Vergleich zum Vorquartal verschlechtert, bleibt aber unterm Strich positiv. Rund jeder vierte Großhändler (zuvor: 27 Prozent) bewerten ihre gegenwärtige Situation als gut, 56 Prozent (zuvor: 64 Prozent) sind zufrieden.

Der Blick auf die kommenden Monate ist weder im Einzel- noch im Großhandel von Optimismus geprägt. Während 59 Prozent (zuvor: 42 Prozent) mit einem eher schlechteren Geschäftsverlauf rechnen, erwarten nur vier Prozent eine günstigere Entwicklung. Knapp sechs von zehn Großhändler (zuvor: 49 Prozent) rechnen mit einem geringeren Beförderungsvolumen in den kommenden Monaten. Die Umsatzerwartungen im Einzelhandel fallen ebenfalls. Das größte Risiko für die Geschäftsentwicklung sehen die Einzel- und Großhändler in einem Einbruch der Inlandsnachfrage.



www.ihk.de/stade/konjunktur

IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum

Am Schäferstieg 2 | 21680 Stade

Telefon: 04141/524-0, Fax 041/41 524-111

E-Mail: info@stade.ihk.de

Internet: www.ihk.de/stade

Ihr Ansprechpartner bei der IHK Stade:

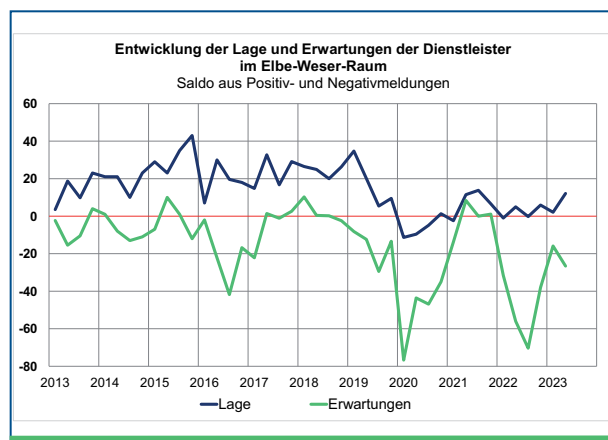
Henrik Gerken

Volkswirtschaft, Industrie, Wirtschaftspolitik

Telefon: 04141/524-285 | Fax: 04141/524-113

E-Mail: henrik.gerken@stade.ihk.de

Dienstleistungen



Dienstleistung

→ Positive Signale kommen aus dem Gastgewerbe, von den Banken und Finanzdienstleistern sowie Architektur- und Ingenieurbüros. Im Verkehrsgewerbe ist etwas mehr als jeder zweite Betriebe mit dem Quartalsverlauf zufrieden. Insgesamt hellt sich die Lageeinschätzung im Dienstleistungssektor auf. 32 Prozent (zuvor: 21 Prozent) der Betriebe bewerten ihre gegenwärtige Situation als gut, 47 Prozent (zuvor: 61 Prozent) sind zufrieden.

Die Erwartungshaltung an die kommenden Monate bleibt unterm Strich pessimistisch. Während zwölf Prozent (zuvor: 16 Prozent) mit einer besseren Geschäftslage rechnen, erwarten 38 Prozent (zuvor: 32 Prozent) eine eher ungünstige Entwicklung.

Sorgen bereitet den Dienstleistern in erster Linie der Fachkräftemangel (76 Prozent). 62 Prozent blicken zudem kritisch auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Aufgrund der hohen Inflation bzw. den Kostensteigerungen stehen Haushalte und Unternehmen weniger Budget für Ausgaben im Dienstleistungssektor zur Verfügung. Einigen Unternehmen fehlt eine verlässliche Politik. Darüber hinaus befürchten sie neue bürokratische Belastungen – insbesondere im Zuge der Nachhaltigkeitstransformation der Wirtschaft.